

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz Jährenbrach, Düsseldorf, Florapstr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Nieu, Krefeld, Ruth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 18

Düsseldorf, den 7. Mai 1932

Verbandort Krefeld

Die Konsequenz:

Gewerkschaftliche Aktivität!

M. Wer glaubt, daß mit der abgeschlossenen Reichspräsidentenwahl und den Wahlen in Preußen auch der Kampf um die soziale Gestaltung Deutschlands abgeschlossen sei, ist im Irrtum. Dieser Kampf geht auf der ganzen Linie fort. Denn es ist nicht allein ein Kampf um parteipolitische Interessen und politische Parteifragen. Es geht dabei nicht nur um Parteimeinung und Parteifarbe. Es geht um mehr: Es geht um das, was sozial und staatspolitisch dahinter steht: um Grundsätzliches. Es geht letzten Endes um die Frage der Staatsführung an sich, um die Frage: Sozialer Volksstaat oder macht- und interessenpolitisch beherrschter Diktaturstaat?

Das aber sind die beiden grundsätzlichen Gegenpole, die in dieser gegenwärtigen politischen ebenso wie in der bleibenden sozialen Auseinandersetzung sich entgegenstehen: Das Streben um eine Staatsführung des gerechten Interessenausgleichs, um eine Politik der sozialen Gerechtigkeit gegenüber allen Ständen und Schichten — und der Kampf um politische, soziale und wirtschaftliche Bevorrechtung einer Sonderschicht wirtschaftlich Begünstigter. Dieser Kampf aber wird nicht beendet durch politische Entscheidungen — es sei denn, diese Entscheidungen brächten die Bewirkung einer sozialreaktionären Diktatur — er wird fortgeführt in der sozialen Auseinandersetzung, die sich des Wirtschaftlichen in der gleichen Weise bedient wie des Politischen.

Die Arbeiterchaft weiß das aus alter Erfahrung. Sie weiß, daß jene politischen Kämpfe um die Macht im Staate immer nur gewisse Stappen der sozialen Auseinandersetzungen sind, abschließende oder neuen Antriebe gebende Momente der gesamtsozialen Entwicklung. Sie weiß, daß nach diesen Zeiten des politischen Kräfte messens und Machtbewagens der Kampf auf sozialem Gebiete keineswegs beendet ist, sondern vor allen Dingen immer in Zeiten wirtschaftlicher Not der Fall sein. Dann wird die soziale Reaktion um so mehr, als sie nicht vermochte, die Macht auf politischem Wege an sich zu reißen, bestrebt sein, das auf wirtschaftlichem Wege zu erreichen. Die allgemeine Wirtschaftsnote bietet evtl. dafür die besten Voraussetzungen. Unter ihrer Auswirkung läßt sich am besten sozialreaktionäres Vorgehen, Lohndruck usw. begründen und am leichtesten durchführen. Die vergangenen Jahre haben das immer wieder besonders eindringlich bestätigt. Unter dem Deckmantel der „Wirtschaftsnote“ ist das sozialreaktionäre Scharfmachertum immer üppig gediehen.

Darum hat auch die Arbeiterchaft alles Interesse daran, es bei den politischen Auseinandersetzungen und Entscheidungen nicht bewenden zu lassen und die Hände nicht unfähig in den Schoß zu legen. Jene politischen Entscheidungen, die erfahrungsgemäß in besonderem Maße auch die in sonstigen Zeiten ruhigen und zurückhaltenden oder gleichgültigen Massen aufrütteln und lebendiger machen, müssen uns vielmehr Ansporn zu besonderer Aktivität, zu neuem Kräfteeinfluß und angriffsmäßigem Vorgehen auf gewerkschaftlichem Gebiete sein. Denn hier spielt sich der beständige Kampf ab, in dem auch die politischen Entscheidungen letzten Endes bestimmt werden und von dem sie abhängen. Hier werden die sozialpositiven Kräfte gebildet und gestärkt, auf die es in den grundsätzlichen staatspolitischen Auseinandersetzungen ankommt. Hier werden die Dämme geschaffen, die politischem Radikalismus in gleicher Art wie reaktionärer Bestimmung und unszialem Machttreiben entgegenstehen.

Und, setzen wir uns darüber klar, auch die Möglichkeit und Bewirkung einer Zusammenarbeit zwischen sozialpositiven, verantwortungsbewußten Unternehmern und Arbeiterchaft hängt in ausschlaggebendem Maße von dieser gewerkschaftlichen Einstellung der Arbeiterchaft ab. Diese Zusammenarbeit wird um so mehr erreicht, als starke, aktionsfähige Gewerkschaften dafür die Voraussetzungen geben und auch jene Kreise der Unternehmerchaft dazu führen können, die heute noch glauben, ohne oder gegen die Gewerkschaften fertig werden zu können.

So ergibt sich in doppelter Hinsicht die Notwendigkeit stärkster gewerkschaftlicher Aktivität: Im Hinblick auf die Festigung und Verbreiterung der Abwehrfront gegen sozialreaktionäre Bestrebungen ebenso wie zur Schaffung einer positiven Grundlage für eine bessere Zusammenarbeit der beiden interessenmäßig entgegengesetzten Schichten Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Hier wie dort ist diese gewerkschaftliche Aktivität Voraussetzung. Danach zu handeln, ist unsere vornehmste Aufgabe. Alle Führer der Bewegung, alle Mitglieder und alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind in gleicher Weise daran interessiert. Um unser aller gemeinsame gleiche Lebensfragen geht es: Um soziale, gleichberechtigte Einschätzung und Eingliederung in Staat und Volk und Mitwirkung und Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft. Nach wie vor steht dieses oberste soziale Ziel unserer Bewegung fest. Tragen wir Sorge, daß es durch gemeinsames Handeln erreicht wird, durch gewerkschaftliche Aktivität!

Worauf es ankommt!

Eine ehrliche Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist von den christlichen Gewerkschaften stets bestritten und angestrebt worden. In einem interessanten Gedankenkreislauf, der darüber in der „Sozialen Praxis“ zwischen prominenten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberführern stattfand, nimmt auch der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, Stellung, aus der wir folgende Ausführungen wiedergeben:

Die Frage einer verstärkten Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist von höchster Bedeutung für unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben. Wenn auch von vornherein vor der Verstärkung gewarnt werden muß, als ob durch eine verstärkte Gemeinschaftsarbeit alle Gegensätzlichkeiten beseitigt und volle Harmonie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hergestellt werden könnte, so steht doch fest, daß nach der Herstellung einer Basis, die auf Gemeinschaftsarbeit beruht, nicht nur allein mehr Vertrauen und wertvolle Anregungen ausgehen können, sondern daß auch die davon ausgehenden psychologischen Wirkungen wirtschaftsbelebend sein würden. Letzteres ist ein Moment, das in dieser Zeit der wirtschaftlichen Lähmungserscheinungen von großer Bedeutung ist. Der Ernst und die Not der Zeit erfordern mehr denn je ein verstärktes Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wir befinden uns in einer so schwierigen Lage, und der brennenden Probleme sind gerade jetzt so viele, daß ein Zusammenwirken viel zur Überwindung der großen Schwierigkeiten beitragen könnte. Dieser Feststellung muß aber gleich eine andere hinzugefügt werden, und zwar die, daß, je mehr der Lebensraum des Einzelnen infolge der Wirtschaftskrise und Weltwirtschaftskrise eingeengt wird, auch die Gegensätzlichkeiten stärker in die Erscheinung treten. U. a. ist unser vor stärksten Gegensätzen beherrschtes Leben und das Anwachsen der parteipolitischen Extreme ein Beweis dafür. Der Streit um Wirtschaftsformen und Wirtschaftssysteme, um Sinn und Ausmaß der Sozialpolitik war kaum jemals so scharf wie heute. Daß diese Streitfragen das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften auf das stärkste beeinflussen, liegt auf der Hand. Wir stehen also vor der Tatsache, daß die heutigen Verhältnisse einerseits vermehrte Gemeinschaftsarbeit dringend erfordern, andererseits aber dieser Gemeinschaftsarbeit zugleich verstärkte Hindernisse entgegenstehen.

Nun ist es allerdings nicht so, als ob alle Fäden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bzw. Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zerrissen wären. Gewiß plagen gerade jetzt bei Lohnverhandlungen die Gegensätze oft scharf aufeinander, aber das Auseinanderangewiesensein beider Faktoren führt doch immer wieder, sowohl im einzelnen Betrieb als auch darüber hinaus, zu gelegentlichen oder auch ständigen Fühlnahmen und Aussprachen. Gewiß fehlt vieles. Es fehlt vor allem an einer äußerlich sichtbaren und gewollten Gemeinschaftsarbeit, insbesondere der Spitzenverbände, zu dem ausgesprochenen Zweck, gemeinsam an der Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu arbeiten. Die Hindernisse, zu einer solchen Gemeinschaftsarbeit zu kommen, liegen nicht zuletzt in verschiedenen grundsätzlichen Auffassungen über bestimmte Fragen und in der Tatsache, daß diese Fragen gerade am stärksten in den Vordergrund gestellt werden. Nun haben aber Arbeitgeber und Arbeitnehmer neben gegensätzlichen auch eine ganze Anzahl gleichlaufender und gemeinsamer Interessen, und es ist unmöglich, den Weg zu verstärkter Gemeinschaftsarbeit erfolgreich zu betreten, wenn am Anfang dieses Weges gleich die hohen Barrikaden der gegensätzlichen Interessen aufgeführt werden.

Jedoch ist es im Interesse der Klarheit notwendig, einige grundlegende Punkte hervorzuheben. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat auf seiner letzten Präsidialsitzung gefordert, daß die Grundlagen für eine

Rentabilität der Betriebe wieder geschaffen werden. In der Befahrung der Forderung nach Rentabilität der Betriebe gehen die Gewerkschaften mit dem Reichsverband der deutschen Industrie einig. Anders steht es aber im Hinblick auf die Mittel und Wege, mit denen die Rentabilität erreicht werden soll. Der Reichsverband sieht die Voraussetzungen in der Wiederherstellung der freien Wirtschaft, insbesondere auf dem Gebiete, wo der Staat als Schützer der menschlichen Arbeitskraft auftritt. Es muß bestritten werden, daß der notwendigen Privatinitiative durch den gesetzlichen Sozialschutz Hemmungen, die wirtschafts- und allgemeinschädigend wirken, auferlegt sind. Die freien Vereinbarungen über „Arbeitslohn und Arbeitszeit“, die der Reichsverband der deutschen Industrie verlangt, werden in dieser Zeit nur in den allerwenigsten Fällen wirklich „freie Vereinbarungen“ sein. Die Millionenzahl der Arbeitslosen, die ungeheure Not, besonders in den breiten Volksschichten, sind so starke Bundesgenossen der Arbeitgeber, daß heute die bereits gewaltig gedrückten Arbeitsbedingungen ohne staatlichen Schutz auf ein Maß herabgedrückt werden könnten — und auch würden —, das sowohl staats- als auch sozialpolitisch nicht mehr vertretbar wäre. Die Auffassung, daß sich im „freien Spiel der Kräfte“ Arbeitgeber und Arbeitnehmer als zwei gleichstarke Faktoren gegenüberstehen und dadurch schließlich der wirtschaftlich richtige Ausgleich herbeigeführt würde, ist nicht haltbar. Ferner: der Staat schützt Eigentum und Besitz. Er greift in die verschiedensten Beziehungen der Menschen untereinander ein. Wir halten das für selbstverständlich und notwendig. Aber ausgerechnet dort, wo es sich um den Schutz der menschlichen Arbeitskraft, um den Schutz der am meisten Bedürftigen handelt, soll der Staat zurücktreten und das freie Spiel der Kräfte gelten. Die Gewerkschaften können nicht anders, als den Grundsatz des freien Spieles der Kräfte und die jetzt geforderte freie Vereinbarung über Arbeitslohn und Arbeitszeit ablehnen, und zwar nicht allein im Interesse der Arbeitnehmer, sondern auch der Allgemeinheit.

Es ist ohne Zweifel, daß es bei der Inangriffnahme schwieriger und erster Notwendigkeiten vor allen Dingen auf das „Wie“ ankommt. In Bezug auf gegensätzliche Fragen gilt das noch mehr. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben ein gemeinsames Interesse daran, daß Wirtschaft und Einzelbetrieb sich wieder aufwärts entwickeln. Die Fragen der Produktionsförderung in Wirtschaft und Betrieb, der sachlichen Ausbildung des Nachwuchses, der Qualitätsverbesserung unserer Erzeugnisse gehen beide an. An der Frage der Staatsvereinfachung, speziell auch unter dem Gesichtswinkel der steuerlichen Entlastung, an einer vernünftigen Zollregelung, einer Beseitigung der Reparationslasten sind wiederum beide Teile nicht nur gleichermaßen interessiert, sondern sie sorgen sich auch aus innerer Verantwortung darum. Die Schlussfolgerung liegt also nahe, den Ausgangspunkt für eine Gemeinschaftsarbeit nicht in dem Streit um das „freie Spiel der Kräfte“ zu suchen, sondern bei den Fragen, die mehr jenseits des Gegensätzlichen liegen. Gemeinschaftsarbeit muß bei den Punkten anknüpfen, wo gemeinsame Interessen vorliegen.

Nun ein letztes: es ist in den zurückliegenden Jahren Joviel von Gemeinschaftsarbeit und Arbeitsgemeinschaft geredet und geschrieben worden, daß diese Beziehungen von vornherein in weiten Kreisen auf psychologische Hemmungen stoßen. Dem sollte Rechnung getragen werden. Es kommt mehr auf feste Normen, noch auf Namen und Bezeichnungen an. Entscheidend ist, ob sich in dieser schweren und schicksalhaften Zeit maßgebende Führer im Arbeitgeber- und Arbeitnehmerlager finden, die gemittelt und entschlossen sind, durch Gemeinschaftsarbeit sich für die Rettung von Wirtschaft und Volk einzusetzen. Dazu ist es zwar höchste Zeit, aber doch noch nicht zu spät.

Der Welthandel in der Krise

Der Außenhandel von 48 Ländern, auf die etwa sieben Achtel des Welthandels entfallen, ist 1931 nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes im Vergleich zum Vorjahr wertmäßig um 28 Prozent zurückgegangen, nämlich auf 164,6 (1930: 229,1) Milliarden. Schon 1930 war ein Rückgang um 19 Prozent eingetreten, nachdem 1929 mit 284,2 Milliarden der höchste Stand erreicht worden war. Abgesehen von den Kriegsjahren ist eine Verminderung ähnlichen Umfangs noch nie eingetreten, seit der Welthandel statistisch erfasst wird. Dem Wert nach überstieg der Welthandel 1931 nur noch unerheblich den von 1913 (160,2) Milliarden; er war der Menge nach allerdings immer noch um 6 Prozent größer. Der Rückgang ist nämlich zu einem erheblichen Teil auf den internationalen Preissturz zurückzuführen.

Damit hängt auch zusammen, daß der Außenhandel der europäischen Länder weniger stark (um 24,6 Prozent) gesunken ist als der der außereuropäischen

(um 32,7 Prozent); die überseeischen Rohstoffe, namentlich die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wurden ja von der Preisbausteine zuerst und am schwersten betroffen. Zum Vergleich sei daran erinnert, daß der Außenhandel Deutschlands im ganzen zwar stärker abgenommen hat (nämlich um fast 29 Prozent), als dem Durchschnitt der europäischen Länder, sogar ein wenig stärker als dem Gesamtdurchschnitt entspricht. Das liegt aber an der Schrumpfung der Einfuhr um nicht weniger als 39 Prozent. Dagegen ist der Wert der Ausfuhr nur 20 Prozent gesunken gewesen als 1930, was zu einem beträchtlichen Teil auf Preisrückgänge beruhen dürfte. Die Stellung Deutschlands als Export- und Verarbeitungsland hat sich also auch weltwirtschaftlich gesehen relativ noch vergrößert, ebenso wie sie auch binnenwirtschaftlich betrachtet an Bedeutung insofern noch zugenommen hat, als ein höherer Prozentsatz der verminderten Produktion an den Auslandsmärkten Absatz fand. In keiner Weise findet also eine „Tendenz zur Autarkie“ für Deutschland eine Bestätigung.

Sinnenmarkt und Lohnpolitik

Die gegenwärtigen außenpolitischen Vorgänge sind von so ungeheurer Tragweite für Deutschland, daß sie die ganze Kraft seiner verantwortlichen Staatsmänner erheischen. Leider haben die durch politische Machphantasien erzwungenen Präsidentenwahlen einen großen Teil der Kräfte für die Stabilisierung im Innern gebunden und damit die bereits erfolgreich eingeleitete Außenpolitik der Reichsregierung für einige Wochen lahmgelegt. Inzwischen macht Frankreich zur Aufrechterhaltung seiner Reparationsansprüche, deren Zahlungen ab 1. Juli wieder auf der Einnahmenseite des französischen Staatshaushaltes erscheinen, die allergrößten Anstrengungen. Es hat die Reparationskonferenz hinausgeschoben, um erst einmal bei der Hilfeleistung für die Donauraum neben Italien auch Deutschland auszusparen. Eine gescheiterte abgefaßte deutsche Note hat die Verkehrtheit der Lardieschen Pläne offengelegt, und es kommt nunmehr alles darauf an, die französischen Mandatverwirklichung abzuwehren.

Inzwischen wird der internationale Wirtschaftsverkehr immer stärker abgedrosselt. Im letzten Halbjahr 1931 verminderte sich der Weltmarkt mengenmäßig um 10 v. H., während die Weltproduktion um 3,2 v. H. zurückging. Immer mehr nähern sich die einzelnen Länder der längst überwundenen Wirtschaftsstufe der Autarkie. Sie schließen sich durch höher und höher wachsende Zollmauern, Einfuhrkontingente und Devisenbestimmungen gegeneinander ab. Der Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, Prof. Dr. Wagemann, vergleicht durchaus zutreffend den gegenwärtigen Zustand der Handels- und Währungspolitik der ganzen Welt mit einer lärmenden Tischgesellschaft, deren einzelnes Mitglied, um sich dem Nachbar verständlich zu machen, immer lauter zu brüllen gezwungen ist. Da bliebe dem einzelnen schließlich nichts weiter übrig, als still seines Weges zu gehen. Daraus ergebe sich als konjunkturpolitisches Ziel allmählich ganz von selbst die Pflege des Binnenmarktes, „wenn es sein muß, sogar auf Kosten der Exportinteressen“. Das ist nichts mehr und nichts weniger als Autarkie, wenn auch nur als vorübergehender Zustand, von dem aus insbesondere Deutschland die spätere Rückkehr zur Weltwirtschaft und die Neueroberung von Absatzgebieten schwer fallen würde. Auch hier gilt das, was vor der Beendigung des Krieges galt: Wer die stärksten Kräfte behält, der wird siegen. Darum sollten gerade wir in Deutschland die Kräfte erhalten und nicht unnötig eine offene oder verdeckte Autarkie propagieren.

Gewiß müssen wir uns auf die Drofflung unserer Ausfuhr seitens unserer Exportländer einstellen, müssen wir alle nicht unbedingt notwendige Einfuhr vermeiden, müssen wir den Binnenmarkt und mehr als bisher den Binnenabsatz stärken. Das bedingt einmal die Bevorzugung heimischer Erzeugnisse und zum anderen die Erhaltung, wenn nicht Stärkung der inländischen Kaufkraft. Es ist deswegen eine volkswirtschaftliche Torheit, die Kaufkraft noch weiter zu bröckeln, indem man die bereits jetzt unmöglich niedrigen Löhne noch mehr heruntersetzen will. Wenn der Generaldirektor Böglert sich kürzlich für eine stärkere Pflege des Binnenmarktes einsetzte, so sollte er konsequenterweise auch dafür eintreten, daß die erste und wesentliche Voraussetzung für die Stärkung des Binnenmarktes nicht unterbunden wird. Wenn man die Löhne, wie es jetzt wieder im Schiedsspruch für das Berliner Baugewerbe geschieht, senkt, wird nicht nur keine Belebung, sondern eine neue Schrumpfung des Binnenmarktes erfolgen.

Arbeitszeitverkürzung für alle!

Nach der Notverordnung vom 5. Juni 1931 ist die Regierung befugt, auf dem Wege einer allgemeinen Verordnung die regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit auf die untere Grenze von 40 Stunden wöchentlich festzusetzen. Sofort nach dem Erlaß der Notverordnung hat die Reichsregierung das Reichsarbeitsministerium beauftragt, Verhandlungen mit verschiedenen Gewerkschaften über die Einführung einer Arbeitszeitbeschränkung durch freiwillige Vereinbarung zu führen. Im Laufe der Monate Juni und Juli 1931 wurden mit dem Baugewerbe, dem Vertriebs- und Einzelhandelsgewerbe, der Papierindustrie, der Industrie der Steine und Erden, dem Brauergewerbe, der chemischen Industrie und dem Holzgewerbe solche Verhandlungen geführt. Im großen und ganzen war diesen Verhandlungen kein Erfolg beschieden. Nur im Brauergewerbe kam es allgemein, in

Die Gewerkschaften für Beibehaltung der Verbindlichkeitserklärung

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat nunmehr in ihrer Vorstandssitzung den Generaldirektor der Siemens-Schuckertwerke, Dr. Ing. e. h. Karl Röttgen zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Der neue Vorsitzende hat in einer bei Eintrittsvorlesung sein sozialpolitisches Programm entwickelt. Er hat das Ziel seines Vorgängers übernommen, und auch Dr. Röttgen will die Befestigung der Verbindlichkeitserklärung als das Hauptziel der Arbeit der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu seiner sozialpolitischen Lebensaufgabe machen. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat ihrem neuen Vorsitzenden keinen guten Dienst geleistet, als sie ihn zu der Übernahme dieses Programmpunktes bemog, denn eine solche Stellungnahme muß Dr. Röttgen sofort in den schärfsten Gegensatz zu den Gewerkschaften aller Richtungen bringen. Eine einseitige Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung bei einer gleichzeitigen Befürwortung des Tarifvertragswesens überhaupt sollte eigentlich der Stellung eines Vorsitzenden der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nicht würdig sein. Denn schließlich muß auch einem Manne, der, wie Dr. Röttgen, bisher auf dem umfangreichen Gebiet der Sozialpolitik noch nicht gearbeitet hat, bekannt sein, daß in den letzten Jahren nur 3,8 bis 5,4 v. H. aller Schlichtungsverfahren zur Verbindlichkeitserklärung führten. Die Verbindlichkeitserklärung wird von den Schlichtungsstellen viel öfter abgelehnt als bewilligt. Und schließlich weisen doch auch die Statistiken der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände aus, daß auch die Arbeitgeber zahlreiche Anträge auf Verbindlichkeitserklärung stellen. Allein in den Jahren 1928, 1929 und 1930 haben die Arbeitgeber 372 bezw. 282 bezw. 223 solcher Anträge gestellt.

Unter den einzelnen Arbeitgeberverbänden im Reich steht die Textilindustrie an der Spitze, aber auch der Bergbau hat zur Regelung der Arbeitszeitbestimmungen sich sehr oft der Mithilfe der Verbindlichkeitserklärung bedient.

Der Tarifvertrag wie auch das Schlichtungswesen mit seiner Verbindlichkeitserklärung sind eine wirtschaftliche und staatspolitische Notwendigkeit. Selbst wenn man an Stelle des staatlichen Schlichtungswesens die Vorschläge über die Schaffung tarifvertraglicher Schlichtungsinstanzen, denen unter der Selbstverantwortung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Aufgaben des staatlichen Schlichtungswesens übertragen werden können, als Grundsatz der Regelung der Arbeitskämpfe berücksichtigt, dann muß man doch betonen, daß wohl für eine Neuordnung des Schlichtungswesens überhaupt der richtige Zeitpunkt nicht gegeben ist. Ein System, das sich in einer Reihe von Jahren als lebensnotwendig und im Ganzen gesehen vielleicht auch als brauchbar erwiesen hat, kann nicht in ärgster Krise grundlegend umgestaltet werden. Die Stunde für die ernsthafteste Diskussion des Gedankens, den Staat aus den Kämpfen um die Gestaltung der Arbeitsbedingungen auszuschalten, wird dann gekommen sein, wenn Staat und Wirtschaft wieder mit einigermaßen geordneten, dauerhaften Verhältnissen auf den entscheidenden Gebieten rechnen können. Dieser Zustand ist gegenwärtig noch nicht vorhanden, und darum ist es zur Zeit vollkommen unnötig, die sozialen Gegensätze durch die Aufstellung und erneute Heraushebung des Hauptzieles der Arbeitgeberverbände in der Befestigung der Verbindlichkeitserklärung beim Amtsantritt eines neuen Vorsitzenden zu verschärfen.

der chemischen Industrie, der Industrie der Steine und Erden und im Berliner Baugewerbe in erheblichem Umfang zu tarifvertraglichen Arbeitszeitverkürzungen. Im übrigen scheiterten die Verhandlungen teils an betriebstechnischen und wirtschaftlichen Bedenken der Arbeitgeber, teils an dem Verlangen der Gewerkschaften nach Lohnausgleich.

In engster Verbindung mit diesen Verhandlungen über eine freiwillige Vereinbarung einer Arbeitszeitverkürzung stand die Forderung des Krümpersystems durch das Reichsarbeitsministerium. Das Krümpersystem ist schon wiederholt zur Einführung gelangt, jedoch scheiterte seine allgemeine Verbreitung daran, daß die Arbeitnehmer während der Zeit der Arbeitsunterbrechung keine Unterstützung bezogen. Die Schwierigkeiten wurden durch die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 überwunden. Die Notverordnung ließ die Gewährung einer — wenn auch der Höhe nach beschränkten — Arbeitslosenunterstützung während der Dauer der Arbeitsunterbrechung zu. Voraussetzung für die Gewährung ist das Vorliegen einer Vereinbarung des Arbeitgebers mit der Betriebsvertretung, die eine hinreichende Gewähr für die ordnungsmäßige Durchführung des Krümpersystems, und zwar in längstens monatlichen Zeitabschnitten bietet. Dem Präsidenten des zuständigen Landesarbeitsamtes ist die Entscheidung darüber, ob eine Krümpersystemunterstützung zu gewähren ist, übertragen worden, der sie unter Umständen dem Vorsitzenden des zuständigen Arbeitsamtes weiter übertragen kann.

Die Reichsregierung hat bisher von einer Anwendung der Notverordnung vom 5. Juni 1931 abgesehen, da eine gleichzeitige Lohn- und Gehaltsenkung durch Notverordnung und eine weitere Lohn- und Gehaltskürzung durch Arbeitszeitverkürzung nach Ansicht der Reichsregierung von den Arbeitnehmern nicht getragen werden kann. Denn eine Herabsetzung der Arbeitszeit bedeutet eine starke Schwächung der Arbeitseinkommen. Im Normalfall, d. h. bei einer Herabsetzung der Arbeitszeit um 48 auf 40 Stunden wöchentlich, beträgt der Ausfall 16 2/3 v. H. Jetzt, nachdem eine gewisse Stabilisierung des Lohn- und Gehaltsniveaus eingetreten ist, glaubt die Regierung, die Zeit für Verhandlungen über die Vorbereitungen einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung nutzen zu sollen. Der Erfolg

wird davon abhängen, ob die Reichsregierung beide Möglichkeiten der Verordnung vom 5. Juni 1931 ausnützt oder sich nur mit einer dieser Möglichkeiten begnügt. Es ist selbstverständlich, daß einer allgemeinen Herabsetzung der regelmäßigen werktätigen Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich eine Genehmigungspflicht für Mehrarbeit von Arbeitern und Angestellten vorauszugehen hat. Die Genehmigungspflicht bezieht sich nach der Notverordnung nur auf die tarifvertraglich vereinbarte Mehrarbeit. Soweit die Mehrarbeit unmittelfach auf dem Gesetz beruht, wird sie durch die Genehmigungspflicht nicht berührt. Der Arbeitgeber ist also, falls die tarifliche Mehrarbeit auf Grund einer Regierungsverordnung verboten wird, immer noch berechtigt, auf Grund der Arbeitszeitverordnung an 30 Tagen im Kalenderjahr bis zu zwei Überstunden täglich zu machen oder seine Arbeiter mit den gesetzlich zugelassenen Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten zu beschäftigen.

In einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium hat der dem DGB angeschlossene Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften das Verbot jeglicher Mehrarbeit über die 48-Stundenwoche hinaus gefordert. Dieses Verbot soll auch vereinbarte Mehrarbeitszeit erfassen, die vor Jahren unter völlig anderen Verhältnissen von den Arbeitnehmerverbänden zugestanden worden ist. Damit das Verbot auch wirksam wird, verlangen sie strenge Strafvorschriften gegenüber allen Übertretungen. Weiterhin aber betont die Eingabe, daß, wenn die Reichsregierung eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung einführen will, dieser Eingriff nicht auf bestimmte Gewerbegruppen beschränkt bleiben darf, sondern für die gesamte Arbeitnehmererschaft einschließlich der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und einschließlich der gesamten Beamtenschaft, deren Arbeitszeit heute teilweise noch über die 48-Stundenwoche hinausgeht, erfolgen muß. Denn es ist untragbar, einzelnen Arbeitnehmergruppen die mit jeder gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung unvermeidbar verbundene Einkommensenkung zuzumuten, während z. B. der gesamte im öffentlichen Dienst tätige Verwaltungskörper von solchen Maßnahmen unerfaßt bleibt. Nur durch ein derart allgemeines Vorgehen kann eine spürbare Wirkung auf dem Arbeitsmarkt erwartet werden.

Arbeiter im Film

Von Dr. Werner Deiters

Ein Bewußtsein des modernen Films ist seine Unmöglichkeit. Er zeigt uns immer nur das Leben und Treiben einer kleinen Oberschicht. Menschen, die sich alles leisten können, denen Sorgen, Kummer und Verzweiflung völlig unbekannt sind. Da gibt es noch Könige und Prinzenpaare in phantastischen Fürstentümern, deren Lebensaufgabe im Wachen neuer Schlager oder in der Begrüßung ihrer heillosen wachgeküßten Schwägerin besteht.

Schlimmer noch als das verlogene Wüten ist die Handlung dieser Bildstreifen. Zufälle und Unwahrscheinlichkeiten wechseln miteinander ab. Eine Schürker — das Mädchen aus dem Bolke oder ein armer Barock — finden Eingang in diese Zambrellen. Sind denn die vernünftigen Produktionsleiter von allen guten Geistern verlassen, daß sie uns solche Filme vorsetzen, wo es in Deutschland jedem dritten oder vierten Arbeiter am Röttingen mangelt? Höchstens höchstens ein bekannter Kritiker, ja, unsere Filmproduktion ist von allen guten Geistern verlassen, denn wenn sie einmal von ihrer Jagde des Grobmanns herabsteigt, dann fällt sie gleich in das andere Extrem und schilbert die Unterwelt, das Leben der Heje des Bolkes, der Kriminellen. Die Mittelschicht, die demütigen liegt und die im Schweige ihres Angeichts ihr Brot isst oder sich arbeitslos durchschlägt, hat der Film in Laufe einer dreißigjährigen Entwicklungzeit noch kaum erbeutet. Arbeiterleben im Film! Der erinnert sich, so etwas jemals in unseren Lichtspielhäusern gesehen zu haben? Damit löst die Kinematografie eine nicht geringe Schuld auf sich, denn, abgesehen von der Klage der Darbietungen, trägt die ewige Erschöpfung des Lebens der unteren Klassen zu einer Verklärung des Arbeiterlebens bei. Einmal und immer wieder wird versucht, die Arbeiter im Film zu zeigen, und immer wieder scheitert man.

Die Kinematografie handelt so, weil sie ihre Produktion weniger nach kulturellen als nach kommerziellen Gesichtspunkten ausrichtet. Sie produziert dann, daß viele Menschen sich aus dem Alltag herausheben und wenigstens für Stunden einmal dieser erträumten Welt angehören wollen. Außerdem ist auch die Darstellung des Lebens der Arbeiter und Angestellten ungleich schwieriger. Regisseure und Schauspieler müssen sich in eine ihnen unbekannt Welt versetzen, müssen das Leben und Treiben der Mittelschicht studieren und dementsprechend eigene Arbeitskraft einsetzen. Für eine Gestaltung der Arbeiterwelt genügt Können und Begabung. Das bewirken nicht zuletzt die Kassenfilme, die demnach auf logischem Sturz verfallen und das Ergebnis mühseliger Arbeit hochgezahlte Spektakel sind. In Deutschland haben sich die großen Regisseure nur selten auf die Schilderung der Arbeiterwelt eingelassen. Fast immer waren es kleine Firmen oder besonders begabte Regisseure, die solche Experimente unternahmen. Einmal ist es der Film „Menschen am Sonntag“, dessen großer Erfolg den Film „Menschen am Sonntag“ brachte. Dieser Film stellte nichts mehr dar als den Verlauf eines Sonntags Berliner Stadtmenschen, und war doch in seiner Wirkung einzigartig. Von ausländischen Filmen seien hier der amerikanische „Ein Mann der Rasse“ und der französische Film „Die neuen Herren“ erwähnt. Im europäischen Weltkino will ein Arbeiterkassenfilm aus der gewöhnlichen Klasse des amerikanischen Kommerzielles heraus. Er handelt, wird stellend, läßt seine Frau arbeiten, bringt sich dann wieder, sucht Arbeit, jagt, ungeschätzte Arbeit, bringt das erste verdiente Geld heim und erkennt man, daß nicht zuletzt der Rasse, sondern in seiner Familie Glück und Lebenszufriedenheit begründet sind. „Die neuen Herren“ waren Parolenmacher aus der Arbeiterwelt, deren Dasein und Handeln in einer nur den französischen Filmen eigenen kompromittierten Weise paradiert wurde.

Jetzt ist die Bilanz der Filmproduktion des letzten Jahres, so haben wir überaus viele sehr kleine verlogene Darstellungen aus der erträumten Welt gesehen. Einige wenige Filme haben aber wenig das überkommene Schema gesprengt und bewegt das schlichte Wüten. Wohl zum ersten

Male haben einige kleinere Firmen Arbeiterschicksale gestaltet. Einen Höhepunkt dieser Bemühungen stellt der Film „Kameradschaft“ dar. Nicht allein das schlichte Leben des Bergmanns ist hier meisterhaft eingefangen, sondern durch ein Grubenunglück und durch die opferwillige Hilfeleistung deutscher Bergleute für französische Kameraden (nach dem Vorbild des Unglücks von Courrières) kommt Spannung in die Handlung. Diese Achtung vor dem Helmsinn der Arbeit drängt sich dem Zuschauer auf. Hässliche Bilder lassen die Frage aufstauen, warum der Film noch nicht ähnliche aufrüttelnde Darstellungen aus der Welt der Hochöfen, der Walzwerke, der Industrie, der Bauhäuser, der Eisenbahnen und sonstiger Gewerbegebiete und Berufsgruppen geben konnte. Ein weiterer Film aus dem Arbeiterleben, „Drei von der Stempelstele“, bringt in die Welt der Arbeitslosen ein. So oder so ähnlich leben die 25 Millionen Arbeitslosen in aller Welt. Ein Film, der sich im Arbeitslosenmilieu bewegt, ist ohne Frage ein großes Ereignis. Umso erfreulicher, wenn er halbwegs gelungen ist. Gewiß hat dieser Film zahlreiche Mängel. Er kennt weder Gewerkschaften, noch den sozialen Hilfsgedanken gewerkschaftlicher Arbeit. Auch ist der Hoffnungsschimmer, den dieser Film mit dem Gedanken der Stehlfung an sein Ende setzt, nur ein Notbehelf für einige 10 000 Arbeitslose. Trotzdem darf man sich freuen, daß hier endlich einmal der Mut zur Wirklichkeit gefunden wurde.

Recht erfreulich wäre es, wenn diese ersten schüchternen Versuche, unsere Spielfilme auf lebenserechtere Motive anzulegen, den Unternehmungsgeist unserer Filmherstellung anregen und befruchten würden. Die Wirtschaftskrise hätte dann wenigstens auf dem Gebiete des Filmschaffens einige günstige Wirkungen ausgelöst. Freilich muß man sich aber dabei von jeglichen Tendenzschilderungen, die Welt der arbeitenden Menschen in der Welt des Films einkreisen. Nun gibt es, auf diesem Wege weiterzugehen und mit Gehmaß und Takt das Arbeiterchicksal als dauernden Bestand in die Filmwelt einzugliedern.

Die Welttextilkonjunktur.

Aufstiegstendenzen durch Konjunkturdruck aufgehoben.

Könnte man die statistischen Daten der Welttextilindustrie zu einer Einheit zusammenfassen, so würde sich höchstwahrscheinlich die Tatsache ergeben, daß sich die Textilkonjunktur — wenn auch auf recht gedrücktem Niveau — in einer Horizontalen bewegt, wenn nicht gar schwache Neigung zum Aufstieg zeigt (der Weltbaumwollverbrauch ist z. B. gestiegen). Die Textilindustrie steht damit im Gegensatz zu allen Produktionsgütern und zu den meisten Konsumgüterindustrien. Sie ist bekanntlich mit zu allererst von der Depression erfaßt worden, ihre Rohstoffe haben in wenigen Jahren katastrophale Preisstürze erlebt, die Produktion sank unter die Verbrauchslinie, die Lagerbestände in Industrie und Handel schmolzen auf einen nie gekannten Tiefstand zusammen. Alle Marktreaktionen sind jetzt im ganzen offenbar so miteinander ausgeglichen, daß eine weitere Abbröckelung der Welttextilkonjunktur nicht mehr zu erwarten steht. Aber, wie gesagt, das bezieht sich lediglich auf die Welttextilindustrie als Ganzes. In einzelnen gehen die Länderkurven heute mehr auseinander als vor einem halben Jahre. Es scheint, als wäre ein Anstieg auf der einen Seite sofort von einem Abstieg auf der anderen begleitet, um das eintigermaßen eingelebte Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Zwischen den beiden Polen halten die Länder, die (wie beispielsweise Deutschland) eine verhältnismäßig große Stabilität von Produktion und Beschäftigung im Textilgewerbe aufweisen. Die Länder mit Aufstiegsneigung sind vor allem Staaten mit neuerwerteter Währung (England, Japan, Britisch-Indien), diejenigen mit entgegengesetzter Tendenz einige hoch- und festwährungsstarke Länder (Vereinigte Staaten, Schweiz, Frankreich).

Sehen wir von der deutschen Textilindustrie ab, die sich, wie schon angedeutet, auf möglichem Stande ungefähr behauptet hat und neuerdings verschiedentlich Saisonbelebungen aufweist, so ergibt sich für eine Anzahl wichtiger Erzeugungsländer folgendes Konjunkturprofil:

Großbritannien hat infolge der Pfundabwertung eine bemerkenswerte Belebung in der Textilindustrie zu verzeichnen. Der Produktionsindex ist nach dem London and Cambridge Economic Service schon vom dritten zum vierten Quartal 1931 um rund 30 Prozent gestiegen und steigt weiter. Die Arbeitslosigkeit in der Woll- und Baumwollindustrie war seit fast drei Jahren nicht so gering wie heute. Der Baumwollverbrauch (Ablieferung an die Spinnereien) stand vom November bis Januar auf einem Niveau, das 43 Prozent höher lag als ein Jahr zuvor. Er entspricht ungefähr wieder dem Stande von 1924. Die Ausfuhr von Baumwollwaren ist zwar im Vergleich zu früheren Jahren immer noch recht gering (es scheint darnach, als ginge die Belebung der britischen Textilindustrie in der Hauptsache vom zollgeschützten Binnenmarkt aus), aber es zeigt sich doch seit September (Ausfuhr 4,09 Mill. Pfd. Sterling) eine ansteigende Linie (Januar 5,51). Die britische Kunstseidenindustrie profitiert offenbar außerordentlich von der augenblicklichen Gunst der Lage: Im raschen Tempo ist die Produktion seit August vorigen Jahres (1660 T.) bis zum Januar (2920 T.) gestiegen und hat damit eine Höhe erreicht wie nie zuvor.

Im scharfen Gegensatz zu der Lage der englischen Textilindustrie verläuft die Entwicklung in Frankreich. Am spätesten von der Krise erfaßt und lange scheinbar gegen alles gefast, ist dieses Land heute trotz seiner finanziellen Stärke auf dem besten Wege, tief in die Depression hinabzufinken. Es zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß man die Welt auf die Dauer nicht ungestraft entgegen aller wirtschaftlichen Vernunft an politischen Stricken dirigieren kann. Darin liegt eine der stärksten Hoffnungen für den Umschwung. Die französische Textilindustrie bekommt jetzt die Zerrüttung des Weltmarktes mit aller Schärfe zu spüren. Der Produktionsindex (Mengenindex der Statistique Générale de la France) ist im Laufe des Jahres 1931 von 83 (1913 = 100) auf 59, also um fast 30 Prozent gesunken und sinkt weiter ab. Der Baumwollverbrauch ist, nach den Einfuhrmengen zu urteilen, auf weniger als ein Drittel gesunken. Spinnereien und Webereien sind schlecht beschäftigt. Die elstische Textilindustrie befindet sich in einer verzweifeltsten Notlage und bombardiert die Regierung mit Hilferufen. Unbekannte Unternehmungen sind zusammengebrochen. Die etwas bessere Lage der nordfranzösischen Wollindustrie und der Leinen- und Jutebranche vermag an dem Gesamtbild nichts zu ändern. In der Seidenindustrie, die sehr stark vom Weltmarkt abhängig ist, herrscht Krisenstimmung. Der Export ist rapide zusammengeschrumpft (September 1931: 888 T., Dezember 530 T.) und liegt weit unter dem Monatsdurchschnitt der drei Vorjahre. Die Konditionierungsmengen der Seidentrocknungsanstalten von Lyon und St. Etienne betragen im Januar dieses Jahres noch nicht einmal ein Drittel der Vorjahresziffern. Das befaßt genügt.

Italien scheint zu den Ländern zu zählen, deren Textilindustrie sich auf einen ungefähren Gleichgewichtszustand eingestellt hat, wobei jedoch die Entwicklung der einzelnen Branchen auseinandergeht. So ist die Kammergarnbranche im Gegensatz zum Streichgarn begünstigt, die Baumwollweberei besser gehalten als die Baumwollspinnerei. Die Leinen-, Hanf- und Juteindustrie verharret auf erreichtem Niveau, während die Seiden- und Kunstseidenbranche unter den Schwierigkeiten des Weltabsatzes zu leiden hat. Die Umsätze der Seidentrocknungsanstalt in Mailand sind nach den Januarziffern der Jahre 1931 und 1932 um rund 40 Prozent zurückgegangen.

In der Schweizerischen Textilindustrie wirkt sich die Krise nach wie vor in voller Schärfe aus. Die Rohbaumwolleinfuhr der drei Hauptbezugsmonate November/Januar ist von 11 017 T. (1930/31) auf 8644 T. (1931/32) gesunken, die Rohseideneinfuhr bezifferte sich in der gleichen Zeit auf 787 bzw. 492 T. Das sind Symptome einer starken Schrumpfung der Geschäftstätigkeit.

Auch die Seidenkonditionierung in Zürich (Januar 1931: 45,7 T.; Monatsdurchschnitt 1931: 28,2; Januar 1932: 19,3) weist darauf hin. Die Seidenstoffausfuhr war der Menge nach im Januar um mehr als 40 Prozent der Seidenbänderexport um rund 40 Prozent geringer als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Auswanderungsbefreiungen nach England mehrten sich in der stark ausfuhrabhängigen Industrie in dem Maße, wie der Export durch die Abschnürungen der Absatzmärkte zusammenschrumpfte.

In Oesterreich hat nach den Berichten des Wiener Konjunkturforschungsinstitutes eine beträchtliche Belebung der Textilindustrie Platz gegriffen, die sich offenbar fast nur auf den — durch straffe Devisenvorschriften abgeriegelten — Binnenmarkt stützt. Die Beschäftigung der Baumwollspinnerei ist seit Mitte vorigen Jahres anhaltend gestiegen (vom Tiefpunkt im Juni um mehr als 60 Prozent) und hält sich über dem Monatsdurchschnitt der beiden Vorjahre. Auch die Flachspinnerei und Leinenwebereien, die Wirkwarenindustrie, die Strickereindustrie haben einen weit besseren Geschäftsgang. Ob diese Sonderkonjunktur länger anhält, ist fraglich, da der geschwächte Binnenmarkt nicht unbegrenzt aufnahmefähig ist und die Exportbedingungen sich sehr verschlechtert haben.

Ganz im Gegensatz zu der österreichischen Konjunktur geht die Entwicklung in der tschechoslowakischen Textilindustrie, die wegen ihrer starken Ausfuhrabhängigkeit schwer betroffen ist. Besonders schlecht steht es in der Baumwollspinnerei. Aber auch die übrigen Zweige der Textilindustrie haben starke Rückschläge erlitten. Die strukturellen Umwälzungen infolge der Verschlagung umfassender Wirtschaftsgebiete im Jahre 1919 erweisen sich heute als die kapitalste Dummheit. Die „beglückten“ Wähler müssen jetzt einen Kampf um die wirtschaftliche Niederlegung der damals aufgerichteten Grenzen führen, weil sie den Irrsinn am eigenen Leibe zu spüren bekommen.

Die polnische Textilindustrie, die bis Mitte vorigen Jahres zu einer Sonderkonjunktur neigte, hat alles Gewonnene überreichlich wieder eingebüßt. Der Erzeugungssindex ist um über 20 Prozent gesunken und beträgt fast nur noch die Hälfte des Durchschnitts der Jahre 1925/27. Die Ausfuhrzölle (besonders in Wollwaren, die viel nach England gingen) wirkt sich auch hier sehr scharf aus.

Unter den außereuropäischen Ländern zunächst die Vereinigten Staaten. Bis zum Frühherbst schien es, als wäre der Konjunkturrückgang der amerikanischen Textilindustrie endgültig überwunden. Jedoch trat seit der Aufspaltung der internationalen Finanzkrise sofort ein Rückschlag ein, und am Ende des vorigen Jahres lag bereits die Textilproduktion nach dem „Federal Reserve Bulletin“ (Index 78,3; 1923/25 = 100) wieder um fast 20 Prozent niedriger als im Juni und tiefer als seit vielen Jahren. Inzwischen ist es nicht besser geworden. Ob die Maßnahmen zur Bekämpfung der Deflation eine neue Konjunkturbelebung herbeiführen werden, bleibt abzuwarten.

In Japan hält sich die Textilkonjunktur nach wie vor auf gutem Niveau. In der Baumwollindustrie ist sogar eine weiter ansteigende Tendenz erkennbar. Vielleicht handelt es sich um eine „Kriegskonjunktur“ für den Heeresbedarf, denn die Baumwollgewebeausfuhr ist gegenüber dem vorigen Sommer und Herbst merklich gestiegen. Aber der Produktionsindex der „Japan Cotton Spinners Association“ sowohl in Garnen wie Geweben war seit 1929 nicht mehr so hoch wie in den verflochtenen Monaten. Auch die Beschäftigung der Wollindustrie bzw. ihre Kapazitätssteigerung und vor allem die Rohwolle-eindeckung aus Australien sind ganz beträchtlich gestiegen.

In Britisch-Indien zeigt sich infolge der Rupien-Entwertung das gleiche Bild einer Belebung der Baumwollindustrie wie im Mutterlande. Ebenso hat sich in Australien die Lage der Textilindustrie nach jahrelanger schwerer Krise wieder gebessert.

So zeigt sich in den einzelnen Ländern eine recht abweichende Entwicklung der Textilmirtschaft, ohne daß irgendwo von einer ausgeprochenen Konjunktur die Rede sein könnte, wie es früher bei solchen Abweichungen oft der Fall war. Alle Länder ausnahmslos leiden unter der scharfen Preisdeflation. Diese Deflation hat ihre Wurzeln nicht zuletzt in den unfruchtbarsten Goldtretern an der Seine. „Frankreich schuldet der Welt für sein hemmungsloses und zerstörendes Spiel Reparationen“, sagt ein englischer Schriftsteller. Die Textilwirtschaft der ganzen Welt einschließlich der jetzt notleidenden französischen wird mit keinem Protest von Land zu Land etwas an den Abschnürungen ändern, solange die wahre Ursache, die unfaire Reparations- und Kapitalpolitik Frankreichs, nicht überwunden wird. Die Welttextilkonjunktur wartet bei der ungeheueren Bedarfsstauung förmlich auf den Anstoß, sich aus ihrer Erstarrung zu lösen. Wenige Staatsmänner haben den Schlüssel dazu in der Hand. Gebrauchen sie ihn nicht, so wird die ganze Welt schwer daran zu hüpfen haben.

Ungenügender Zollschutz für die deutsche Landwirtschaft?

Besonders in ländlichen Gegenden stößt man bei der Diskussion wirtschaftlicher Fragen noch immer auf die Auffassung breiter Schichten der Bevölkerung, daß die gegenwärtige schwierige Lage der deutschen Landwirtschaft vornehmlich zurückzuführen sei auf ungenügende Hilfs- und Schutzmaßnahmen, die für die Landwirtschaft durchgeführt werden, insbesondere auf einen ungenügenden Zollschutz der deutschen Landwirtschaft. Demgegenüber erscheint es notwendig, die tatsächlichen Verhältnisse klarzustellen und einmal darauf hinzuweisen, in welcher erheblichen Maße durch die Schutzpolitik der Reichsregierung gerade der Landwirtschaft in den letzten Jahren ein erhöhter Schutz gegen die Einfuhr ausländischer Agrarprodukte gegeben worden ist. Nach der Vergleichung der Zollsätze für landwirtschaftliche Produkte nach dem Stande vom April 1930 und nach dem jetzigen Stand ergibt sich bei den wichtigsten Positionen des geltenden Zolltarifs folgendes Bild:

Der Zollsatz betrug für

Warengattung	Zollsatz nach dem Stande vom April 1930 für 100 Kilogramm	Jetziger Zollsatz (1. April 1932) für 100 Kilogramm
	RRR	RRR
Roggen	9,—	20,—
Weizen	12,—	25,—
Gerste (andere als Futtergerste)	10,—	20,—
Hafers	12,—	16,—
Stärke	1,50	15,—
Malz	21,33	24,67*
Speiseobst	4,—	8,—
Speiseerbsen	4,—	20,—
Futtererbsen	4,—	8,—
Linien	4,—	6,— ober 8,—
Futterbohnen, Lupinen, Wicken	2,50	5,—
Futtererbsen, Möhren etc.	zollfrei 1,—	1,— 3,—
Zuckerrüben	zollfrei 1,—	3,— 10,—
Zahntabakblätter	80,—	180,—
Hopfen	100,—*	150,—*
Hopfenmehl	150,—*	225,—*
Kaffeebohnen	4,—	10,—
Kartoffelknollen	10,—	15,—
Weizenklein	30,— 45,— 60,—	50,— 75,— 90,—
Holz- und Kiefernholz	0,12	0,24
Holz- und Kiefernholz	0,50	1,—
Holz- und Kiefernholz	1,—	2,—
Holzbohlen	1,—	2,50
Holzbohlen	1,50	2,40
Lebende Schweine	27,—	40,—
Lebende Gänse	34,—	36,—
Fleisch	45,— 60,— 120,—	55,— 80,— 150,—
	30,— 60,— 36,—	55,— 85,— 60,—
Wichtigstes Federvieh	75,—	120,—
Flomen (Fliesen, Ziegen)	7,—	20,—
Rindertalg usw.	2,50	20,—
Milch, frisch	zollfrei	5,—

*) rr. bedeutet, daß der Zoll vom Rohgewicht der Ware erhoben wird.

Warengattung	Zollsatz nach dem Stande vom April 1930 für 100 Kilogramm	Jetziger Zollsatz (1. April 1930) für 100 Kilogramm
	RRR	RRR
Milch, entfeimt	5,—	8,50
Rahm	33,33	66,67 ober 90,67
Butter	50,—	100,— ober 136,—
Quark aus Magermilch	6,—	17,—
Eier	6,—	30,—
Mehl	23,25	43,17
Gruppen, Grieß, Gerste	18,75	51,50
Sonst. Mäliereierzeugn.	18,75	51,50
Weizen- u. Roggenstärke	38,50 43,50	77,50 82,50
Kartoffelstärke	16,— 21,—	24,— 29,—
Stärkegummi (Dextrin) usw.	18,—	36,—
Sago usw.	15,—	45,—
Stärkezucker usw.	20,—	24,—
Wein	80,— 90,— 120,—	120,— 135,— 180,—
Futterhefe	130,—	195,—
Küchensäfte von der Stärkezeugung	4,50	10,—
Zuckerrübenknäuel	zollfrei	4,—
Bartwert (gewöhnliches)	zollfrei 1,—	4,— 4,—
	30,—	56,—

Auf eine doppelte Schwierigkeit bei der Durchführung von Zollerhöhungen auf landwirtschaftlichem Gebiete muß dabei besonders hingewiesen werden. Einerseits standen naturgemäß diese Zollmaßnahmen zum Schutz der deutschen Landwirtschaft im Gegensatz zu der von der Reichsregierung durchgeführten Preislenkungs- und Erziehungspolitik, andererseits haben Zollerhöhungen, insbesondere bei Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Produkten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in der Regel entsprechende Preiserhöhungen zur Folge, nicht allein für die eingeführten ausländischen Waren, sondern auch eine Erhöhung des inländischen Preisniveaus. So ergibt sich im Interesse der Niedrighaltung der allgemeinen Lebenshaltungskosten zunächst eine ganz natürliche Begrenzung der Zollerhöhungen. Andererseits aber besteht die Gefahr, daß Zollerhöhungen, die zum Schutze der deutschen Landwirtschaft durchgeführt werden, Gegenmaßnahmen der betroffenen Auslandsstaaten zur Folge haben, die sich gegebenenfalls durch Erhöhung ihrer Industrieerzeugnisse veranschaulichen. Auf die Bedeutung der deutschen Industrieausfuhr für die Gesamtwirtschaft braucht kaum hingewiesen zu werden. Auch aus der notwendigen Aufrechterhaltung und Förderung des deutschen Industrieexports ergeben sich so gegenläufige Interessen, die Zollschutzmaßnahmen um jeden Preis naturgemäß entgegenstehen. Gerade in Anbetracht dieser Tatsache muß deshalb festgehalten werden, daß die erzielten Zollerhöhungen zugunsten der Landwirtschaft außerordentlich weitgehend gewesen sind und von einer Nichtberücksichtigung der landwirtschaftlichen Interessen in der Politik der letzten Jahre nicht die Rede sein kann.

Die Reichsanstalt gegen Doppelverdiener

Die Arbeitsämter und Landesarbeitsämter hatten dem Präsidenten der Reichsanstalt zu Ende März 1932 über ihre Bemühungen zur Ausschaltung ungerechtfertigter Doppelverdieners berichtet. Nach diesen Berichten ist das Verständnis bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern, bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern neben der Eignung das Ernährungsbedürfnis zu berücksichtigen, gemachsen. Die Arbeitsämter sollen nunmehr nach dem Rundschreiben des Präsidenten der Reichsanstalt bei jedem einzelnen Arbeitsgesuch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse so gewissenhaft prüfen, daß bei der Auswahl von Arbeitsuchenden für offene Stellen keine Doppelverdiener miteingerechnet werden. Bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage darf nach Ansicht der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter angenommen werden, daß sich unter den Arbeitslosen vorzugsweise Arbeitskräfte für jede Anforderung befinden. Bei der zunehmenden Dauer der Arbeitslosigkeit und dem Mangel an offenen Stellen trägt jeder Vermittler eine schwere Verantwortung dafür, daß Familienväter und langjährig Arbeitslose bei gleicher Eignung bevorzugt vermittelt werden. Auch sollen die Arbeitsämter, ohne die Grenzen zu verletzen, die ihnen gezogen sind, bei der Bormahme von Entlassungen dem sozialen Gesichtspunkt in steigendem Maße zur Anerkennung verhelfen und in besonderen Fällen die Auswechslung von Doppelverdienern durch erwerbsbedürftige Arbeitslose unterstützen. Ueber die Wirkung dieser Maßnahmen und die Erfahrungen der einzelnen Landesarbeitsämter und Arbeitsämter wünscht der Präsident der Reichsanstalt bis zum 1. Oktober 1932 einen neuen Bericht.

Arbeitslosigkeit in der tschechoslowakischen Textilindustrie

Der Rückgang der tschechoslowakischen Textilindustrie zeigt sich in der Stilllegung von Betrieben und den Arbeiterentlassungen. Aus einer Statistik der Union der Textilarbeiter, die sich auf Betriebe mit über 30 Arbeitern erstreckt, geht hervor, daß von den in der Statistik berücksichtigten 857 Textilfabriken circa 25 Prozent, nämlich 210, völlig stillgelegt sind, während 363 Betriebe mit Produktionsbeschränkungen arbeiten müssen. Von der Belegschaft dieser Fabriken sind 58.244 Arbeiter beschäftigungslos, circa 40.000 sind mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt, rund 23.000 sind zeitweise ausgefetzt und circa 87.000 sind vollbeschäftigt. Dr. E. P.

Gewerkschaftliche Organisierung der Arbeitslosen in England

In Großbritannien sind Bestrebungen im Gange, um die Arbeitslosen in besonderen Arbeitslosenvereinigungen zusammenzufassen, die in einer nationalen Föderation zusammengefaßt werden sollen. Die „Industrial News“, das Wochenorgan des Britischen Gewerkschaftsbundes, betont die Notwendigkeit, daß die gegenüber den Arbeitslosen einzuschlagende Politik von der ganzen Bewegung getragen und unterstützt wird, anstatt daß die Arbeitslosen, die zu den unglücklichsten Mitgliedern unserer Bewegung gehören, materiell und moralisch sich selbst überlassen bleiben.

Ein vom Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbundes aufgestellter Plan billigt die Gründung von speziellen Arbeitslosenvereinigungen, die auf Grund einheitlicher Statuten wirksam sein sollen, gleichzeitig sieht er vor, daß diese Vereinigungen organisatorisch direkt in den Verwaltungsapparat der Gewerkschaften eingebaut werden. Die Vereinigungen sollen unter der Leitung der Gewerkschaftskartelle wirksam sein, die Arbeitslosen sollen in den Föderationen der Gewerkschaftskartelle vertreten sein und zu den Jahresversammlungen der Gewerkschaftskartelle Vertreter entsenden. Durch ihre Vertretung bei den Gewerkschaftskartellen nehmen sie auch automatisch Anteil an der Arbeit der gemeinsamen beratenden Komitees der Gewerkschaftskartelle und der Partei.

2800 neue Siedlerstellen

In der Zeit vom 12. bis 18. April hat der Reichskommissar für die vorläufige Kleinriedung 562 Kleinriederstellen und 2245 Kleingartenstellen neu bewilligt. Für Berlin und seine Vororte wurden 164 Kleinriederstellen genehmigt, für München weitere 110 Stellen, für Tübingen 50 Stellen, um nur die wichtigsten anzuführen. In dem Berichtszeitraum hat die meisten Kleingartenstellen Ostpreußen mit 262 erhalten; es folgen Weizenfels mit 138, Hildesheim mit 119, Quedlinburg (Hals) mit 118, Holzweißing mit 116 und Oppau mit 100 Kleingartenstellen.

Entlastung der Berufsgenossenschaften!

In der Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages hat der veramtorliche Leiter der Sozialpolitik im Reichsarbeitsministerium, Ministerialdirektor Dr. Grieser, über die Unfallversicherung mitgeteilt, daß durch die Rotverordnung vom 8. Dezember 1931 40 v. H. der Teilrenten weggefallen sind. In der gewerblichen Unfallversicherung ist mindestens ein Drittel der Berleilrenten fortgefallen, während die landwirtschaftliche Unfallversicherung es bisher abgelehnt hat, von der Ermächtigung, weitere Teilrenten wegzulassen, Gebrauch zu machen. Allgemein wurde angenommen, daß durch die Rote Rotverordnung sich eine Entlastung für die Berufsgenossenschaften zwischen 25 und 33 v. H. ergeben würde.

Nach den Mitteilungen der Berufsgenossenschaften selbst beträgt die Entlastung etwa 9 v. H. der Ausgaben des Jahres 1931. Die Berufsgenossenschaften sind der Ansicht, daß die Entlastung durch die Rotverordnung angeht des gewerblichen Rückganges der Lohnsummen im Jahre 1931 es nicht entfernt ermöglicht hat, die Beitragslage der Berufsgenossenschaften in tragbaren Grenzen zu halten. Darum verlangen die Berufsgenossenschaften in einer Mitteilung an den Reichsarbeitsminister eine allgemeine Senkung der Unfallrenten um 20 v. H. Eine organisatorische Zusammenlegung von einzelnen Berufsgenossenschaften wird von dem Verband der deutschen Berufsgenossenschaften abgelehnt. Der Verband

betont, daß jede Organisationsänderung von Bedeutung zuerst immer Mehrkosten mit sich bringe und es im vorliegenden Fall zudem noch nicht einmal feststehe, ob sich wesentliche Ersparnisse auch in der Zukunft erzielen lassen. Dazu komme, daß jede Veränderung, abgesehen von allen anderen, zunächst eine Stockung in der Abwicklung der Geschäfte mit sich bringe, die sich namentlich nach Ansicht des Verbandes auch auf den Eingang der Beiträge erstreckte. Der Verband betont, daß beim Suchen nach dem Verwaltungsoptimum auch nicht die Frage der Verwaltungskosten in den Vordergrund gestellt werden dürfe. Ihre Höhe sei kein untrüglicher Maßstab. Mit demselben Recht oder Unrecht wie umgekehrt könne man aus verhältnismäßig niedrigen Verwaltungskosten einen ungünstigen Schluß auf die Führung der Geschäfte ziehen. Auch die Befreiung der kleineren Berufsgenossenschaften wird abgelehnt, und zwar mit dem Argument, daß erstens von einer besonderen Notlage gerade der kleineren Berufsgenossenschaften gar nicht die Rede sein kann, und daß zweitens eine Vereinigung verwandter Berufsgenossenschaften aus Gewerbebezirken, die von der Wirtschaftskrise stark betroffen worden sind, die Lage der nunmehr zusammengeführten Berufsgenossenschaften nicht verbessern, sondern nur verschlechtern kann. — Die Arbeitnehmererschaft wird auf der Hut sein müssen, um eine weitere Verschlechterung der Unfallrenten, wie sie von den Genossenschaften gefordert wird, abzuwehren.

Allgemeine Rundschau

Beachtliche Leistungen führender Bauparochien. In letzter Zeit hat man nicht immer Günstiges von den Bauparochien gehört. Das ist besonders darauf zurückzuführen, daß kleineren, neu gegründeten oder nicht gut geleiteten Bau-



WENN DU TREU MITHILFST

parochien vom Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen die Weiterarbeit untersagt oder sie zur Annahme des Konkurses gezwungen wurden. Das ist demgegenüber auch gut geleitete, solide Bauparochien geht, beweist wieder die Gemeinschaft der Freunde Bauparochie über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt ist. Sie hat bei der neuen Zuteilung im März d. J. wieder 336 Bauparocher mit 4,6 Millionen RM berücksichtigt können. Nicht man in Betracht, daß im September 1931 von dieser Klasse an 230 ihrer Bauparocher 3,6 Millionen RM zugewiesen worden und im Dezember 1931 an 315 Bauparocher 3,8 Millionen RM, denn beweist dies, daß es trotz der Wirtschaftskrise, die sich bei allen Unternehmungen ungünstig auswirkt bezw. ausgenützt hat, bei dieser Bauparochie wieder aufwärts geht, und daß steigende Bauparochleistungen zu verzeichnen sind. Das Gesamtergebnis aller bisherigen Bauparochleistungen in Deutschland und Österreich seitens der Gemeinschaft der Freunde beläuft sich nunmehr auf 187 557 730 RM an 12 565 Bauparocher.

In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, daß die G. d. B. im Gegensatz zu den meisten anderen Bauparochien keine Erlöse aus dem Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen zur Fortführung ihres Geschäftsbetriebes als Bauparochie bedarf, sondern ohne Zeitbeschränkung als solche zugelassen ist. Da es nach einer gewissen Zeit ihres Geschäftsbetriebes bereits am 21. März 1927 als Depositenbank auf Grund des Depot- und Depositengesetzes zugelassen ist. Er.

Berichte aus den Ortsgruppen

Wegscheid. Des Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften veranfaßte am Sonntag im kleinen Saale von Stadt Jütten eine Landeubung. Kollege H. Jährlig als Leiter derselben hielt eingangs alle Teilnehmer auf des herzlichsten willkommen und begrüßte besonders der Bezirksleiter Heinrich Ficker, Dresden, sowie den Ortsgruppenleiter Goldberg, Chemnitz. Ein gut gelaunter Vortrag „Wir wollen vorwärts“, bildete einen würdigen Auftakt für den nun folgenden, klar und sachlich gehaltenen Vortrag des Bezirksleiters. Er führte eingangs aus: Unser wirtschaftlicher Niedergang habe eine ungeheure Volksnot geschaffen, die am deutlichsten in der großen Zahl der Arbeitslosen zum Ausdruck komme. Aber auch andere Schichten unseres Volkes seien davon betroffen worden. Statt sich allerseits zu beklagen, die wahren Ursachen dieser Volksnot zu erkennen und bestrebt zu sein, dieselbe zu überwinden, müssen wir erleben, daß es für Teile unseres Volkes sehr leicht war, wenn sie alle diese Schwierigkeiten in unserem Volke und Wirtschaftsbetrieb mit dem Schlagwort „Schuld des Systems“ abtun wollen. Wenn dies wahr wäre, dann ja wieder mit anderer Staatsverfassung (England, Frankreich) oder einer Verfassungsänderung verfahren. Man sehe dann zu demnach die Pflicht, aus der Not unseres Volkes verantwortliche Schritte zu machen. Wohl wäre es auch sehr leicht, diesen Staatsnotstand möglichst gewisser, durch eine solche Veranbarung des Volkswirtschafts nicht gegenwärtige Notlage

zu lindern, aber nur vorübergehend, denn bald darauf wäre eine Inflationsschelle gekommen. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als den Tatsachen ruhig ins Auge zu sehen und zu erkennen, welches die wirklichen Ursachen und Schäden im Volks- und Wirtschaftsleben und Staatswesen sind. Wir sind ein armes Volk geworden, und da ist es nicht anständig, daß die Kosten für Verwaltung bedeutend höher liegen (fast 100 v. H.) als vor dem Kriege. Auch volkswirtschaftlich gesehen seien wir ein armes Volk geworden; das zeigt schon die Gegenüberstellung der Bevölkerungsdichte Deutschlands, 136 Menschen pro Quadratkilometer (Sachsen sogar 333), gegenüber Südamerika, wo auf einem Quadratkilometer nur fünf Menschen wohnen. Das zeige eindringlich, daß der deutsche Boden nicht alles geben könne, was zur Deckung unserer Bedürfnisse an Nahrung, Kleidung und Wohnung für alle Volksgenossen nötig ist. Es müsse jährlich eine zusätzliche Menge an Nahrungsmitteln eingeführt werden. Noch stärker seien wir in bezug auf die Beschaffung von Kleidung und Wohnung auf die Einfuhr von Rohstoffen angewiesen. Die Einfuhr an Textilrohstoffen betrage etwa zwei Milliarden pro Jahr, dieselbe Summe für metallische Rohstoffe; an Rohgummi müssen wir für 200 Millionen Reichsmark jährlich einführen. Alle diese Wirtschaftsgüter müssen wir aber doch durch einen Gegenwert begleichen, und dieser kann ebenfalls nur in der Ausfuhr industrieller Erzeugnisse bestehen. So ergibt sich aus diesen Tatsachen die weltwirtschaftliche Perspektivlosigkeit Deutschlands ganz klar. Eine Wirtschaftskrise sei für uns nicht möglich. Die Zollmauern des Auslandes müssen für unsere Waren abgebaut werden, wenn wir nicht wollen, daß weite Schichten unseres Volkes der Verelendung anheimfallen. Dieses Ziel zu erreichen, liege im Interesse aller Deutschen. Das sehe aber voraus einen politischen Kurs, der nicht bestimmt sei von egoistischen Gruppen, Rassen- oder Klasseninteressen, sondern einem 60-Millionen-Volke in allen seinen Ständen die Freiheit zu verschaffen, um ein Kulturvolk und -staat zu sein, auch zum Segen anderer Völker. Voraussetzung hierzu müsse sein die Einigkeit aller, die aber nur herbeigeführt werden könne, wenn die wahre Gleichberechtigung und die Freiheit der Einzelpersonlichkeit im Sinne des Christentums dem politischen Erneuerungswillen zugrunde liegen! Im weiteren behandelte der Referent die Notwendigkeit der Erhaltung der deutschen Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten, die ohne weitestgehende Inbetriebsetzung der Technik nicht möglich ist. Möge auch die echte Rationalisierung anfangs Arbeitslosigkeit im Gefolge haben, so beweise dies dagegen gar nichts. Zur Begründung führte er an, daß auch der Übergang vom Hand- zum mechanischen Webstuhl nicht der Niedergang, sondern die Rettung der deutschen Textilindustrie war. Daß die Vorteile der Technik nicht ausschließlich einzelnen Menschen zugute kommen, sondern gerecht verteilt werden, sei Aufgabe unserer Standesbewegung. Darum sei es Pflicht aller christlich-nationalen Arbeitnehmer, von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen, wenn wir nicht wollen, daß noch einmal die Entrechtung des Arbeiterstandes für uns und zukünftige Generationen zur Tat wird. Der von tiefem Verantwortungsbewußtsein getragene Vortrag wurde mit größter Aufmerksamkeit gehört und fand reichen Beifall. Der im Anschluß hieran zur Ausführung gebrachte Sprechchor „Hin auf zum Licht“ wirkte noch einmal in sprachvoller und wichtiger Sprache die hohen Ziele und Aufgaben der christlichen Arbeiterbewegung. Der Sprechchor wurde durch die christliche Gewerkschaftsjugend Reutersdorf in eindrucksvoller Weise dargeboten.

† Sterbetafel †

- Kranz Lager, Schönau, 49 J. — Aug. Kreffe, Sorau, 76 J.
- Karl Freund, Gera/Thür., 75 J. — Stephan Doh, Stöckheim, 32 J. — Wilh. Menning, Meine, 72 J. — Julius Lange, Grünberg, 59 J. — Martha Heinrich, Jütten, 45 J. — Ludw. Reineker, Kolbemoor, 80 J. — Frau Rosa Jöhler, Rauenburg, 77 J. — Joh. Theisen, Aachen, 72 J. — Joh. Rothen, Biersen, 77 J. — Math. Schüller, Walheim, 68 J. — Joh. Fels, St. Blasien, 42 J. — Frau E. Schmidle, Ehenbach, 46 J. — Anna Pfister, Neustadt (Schl.), 48 J. — Wilh. Schneider, Schützengraben, 68 J. — Wienand Janzen, R. Glöblich, 63 J. — Joh. Panzer, Reesfen, 19 J. — Gerh. Buchs, Rhede, 70 J. — Math. Frck, Boischheim, 80 J. — Paul Adam, Langenbickau, 53 J. — Andreas Sahn, Hof, 76 J. — H. Rother, Düren, 55 J. — Wilh. Korte, Barmen, 65 J. — Joh. Pfisters, Venrath, 60 J. — Math. Klotzmann, Reutenkirchen, 49 J.

Ruhet in Frieden!

Bekanntmachung

Die Generalversammlung vom 2. März 1932 hat die Auflösung der Genossenschaft beschlossen. Als Liquidatoren machen wir dies hiermit bekannt und fordern die Gläubiger der Genossenschaft auf, sich bei der Genossenschaft zu melden. Eigenheim-Genossenschaft „Vergisch-Land“, e. G. m. b. H. Düsseldorf, Florastraße 7.

Peter Ruffbaum, Johann Müller.

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Gewerkschaftliche Aktivität! — Worauf es ankommt! — Der Weltmarkt in der Krise. — Binnenmarkt und Lohnpolitik. — Arbeitszeitverkürzung für alle! — Die Gewerkschaften für Beibehaltung der Verbindlichkeitsklärung. — Die Weltwirtschaftskrise? — Ungenügender Zollschutz für die deutsche Landwirtschaft? — Die Reichsanstalt gegen Doppelverdiener. — Arbeitslosigkeit in der tschechoslowakischen Textilindustrie. — Gewerkschaftliche Organisierung der Arbeitslosen in England. — 2800 neue Siedlerstellen. — Entlastung der Berufsgenossenschaften? — Feuilleton: Arbeiter im Film. — Allgemeine Rundschau. — Berichte aus den Ortsgruppen. — Sterbetafel. — Bekanntmachung.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Florastraße 7.

DER GROSSE HERDER
 BEWAUNDE UND ATLAS
 DER NEUE TYP DES LEXIKONS
 Grundlich und lebendig
 und praktisch

„Der Deutsche“
 ist die Tageszeitung des christlichen Gewerkschaftlers
 Christliche Gewerkschaftler
 Bücher u. Zeitschriften von Christ. Gewerkschaftsverlag Berlin-Weißensee, Unter den Eichen 25